



Bauindustrieverband Ost e. V.
STELLUNGNAHME

Stellungnahme
des
Bauindustrieverbandes Ost e. V.
im Rahmen der Anhörung
am 3. April 2019, 12:00 Uhr,
im Abgeordnetenhaus von Berlin,
Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen,
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

**Planungs- und Baukapazitäten
im Land Berlin und Umland**

Potsdam, 3. April 2019

1. Ausgangslage

Der Bauindustrieverband Ost vertritt die Interessen von 260 großen und mittelständischen Bauunternehmen in Berlin, Brandenburg, Sachsen sowie Sachsen-Anhalt mit rund 20.000 Beschäftigten.

Mit Blick auf das gesamte Verbandsgebiet muss immer wieder festgestellt werden, dass es Bauunternehmen in Berlin in der öffentlichen Wahrnehmung besonders schwer haben. Sie werden wiederholt dafür verantwortlich gemacht, wenn politische Versäumnisse der letzten Jahrzehnte im Wohnungsbau und der sozialen Infrastruktur nicht innerhalb weniger Jahre aufgeholt werden können.

Aktuell können die Unternehmen auf eine gute Auftragslage und gefüllte Bücher blicken und haben nach Jahren der Rezession die Möglichkeit der Konsolidierung. Der Bauboom gibt den Unternehmen vor allem im Hochbau jedoch auch die Möglichkeit, sich die Auftraggeber auszusuchen.

2. Daten und Fakten

a) Umsatzentwicklung

Die Berliner Bauunternehmen konnten 2018 ein überdurchschnittlich hohes Umsatzergebnis von 3,4 Mrd. Euro erzielen. Dieses wurde maßgeblich durch den Wohnungsbau getrieben, der im Vergleich zum Vorjahr um knapp ein Drittel gestiegen ist. Bemerkenswert ist dabei der im bundesweiten Vergleich ungewöhnlich hohe Anteil des Wohnungsbaus am Gesamtumsatz. Während dieser im Bundesdurchschnitt etwa ein Viertel beträgt, macht er in Berlin über 40 Prozent aus.

Umsatzentwicklung

| Januar bis Dezember 2018 | | Region Berlin - Brandenburg | | | Deutschland | | |
|--|----------------------------------|-----------------------------|--------------------|--------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr | | Berlin | Brandenburg | gesamt | Ostdeutschland | Westdeutschland | gesamt |
| Gesamtumsatz* | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 3.445.258 +24,0 | 2.858.389 +1,5 | 6.303.647 +12,7 | 18.304.526 +11,7 | 67.966.885 +10,4 | 86.271.411 +10,7 |
| dar. Baugewerblicher Umsatz | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 3.436.118 +23,9 | 2.837.387 +1,7 | 6.273.505 +12,7 | 18.162.436 +11,8 | 67.045.949 +10,5 | 85.208.385 +10,8 |
| Hochbau gesamt | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 2.023.371 +23,5 | 1.410.150 -5,9 | 3.433.521 +9,5 | 8.609.162 +7,3 | 38.564.739 +10,0 | 47.173.901 +9,5 |
| Tiefbau gesamt | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 1.412.747 +24,4 | 1.427.237 +10,3 | 2.839.984 +16,9 | 9.553.274 +16,2 | 28.481.210 +11,3 | 38.034.484 +12,5 |
| Wohnungsbau | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 1.474.830 +30,3 | 795.327 -17,4 | 2.270.157 +8,4 | 4.084.850 +7,8 | 16.224.114 +11,5 | 20.308.964 +10,8 |
| Wirtschaftsbau | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 1.419.997 +27,9 | 1.118.709 +10,9 | 2.538.706 +19,8 | 7.798.919 +15,2 | 28.189.419 +11,1 | 35.988.338 +12,0 |
| Öffentlicher Bau | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 541.291 +1,9 | 923.352 +12,5 | 1.464.643 +8,4 | 6.278.667 +10,3 | 22.632.416 +9,2 | 28.911.083 +9,5 |
| darunter Straßenbau | 1.000 Euro % zu Jan - Dez '17 | 272.047 +6,6 | 497.563 +15,9 | 769.610 +12,4 | 3.087.969 +14,2 | 10.652.224 +11,6 | 13.740.193 +12,2 |

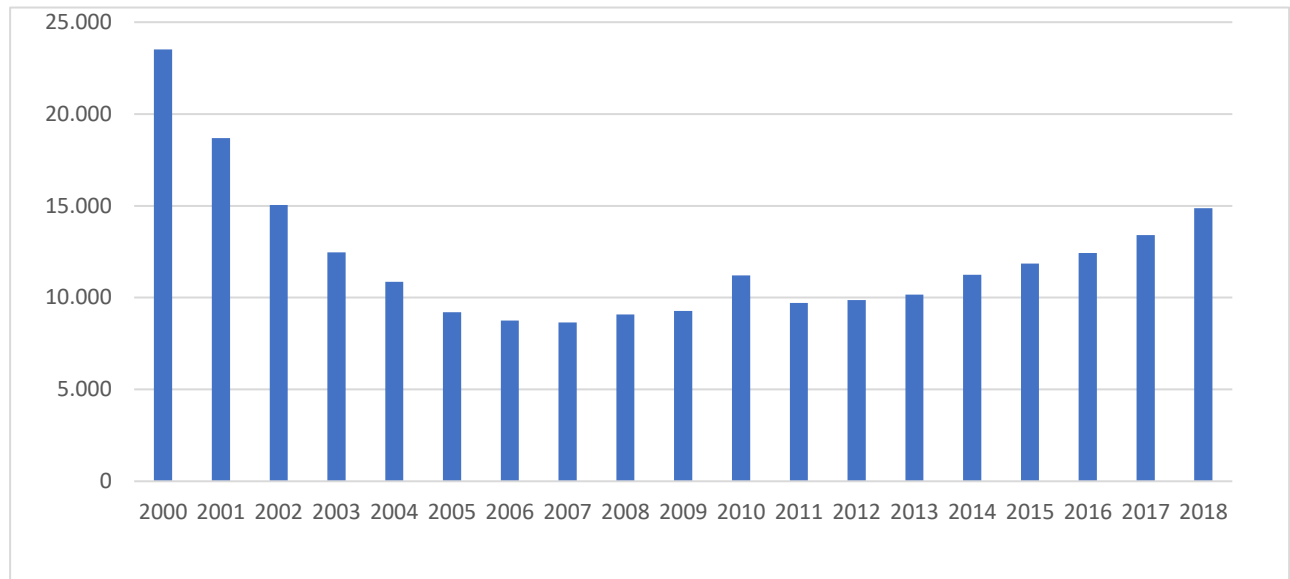
* Einschließlich sonstiger Umsatz (= Umsatz aus nichtbaugewerblichen Leistungen von Bauunternehmen)

** Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr

b) Kapazitäten

Infolge der Baukrise ab Mitte der 1990er Jahre waren die Bauunternehmen gezwungen, massiv Personal abzubauen. Allein zwischen 2000 und 2010 hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Berlin mehr als halbiert. Seitdem ist ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten.

Gewerbliche Arbeitnehmer im Baugewerbe Berlin



Quelle: Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes AG (ZVK)

Mittlerweile sind über 14.000 Personen im Berliner Bauhauptgewerbe beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr konnten die Unternehmen die Anzahl der baugewerblich Beschäftigten um 8,5 Prozent erhöhen.

c) Auslastung

Der Auslastungsgrad im Bauhauptgewerbe liegt nach Erhebungen des ifo Instituts für Wirtschaftsförderung deutschlandweit bei 78,7 Prozent. Im Land Berlin ist die Auslastung der Unternehmen mit 82,1 Prozent etwas höher. Auffällig ist, dass im Hochbau der Auslastungsgrad höher als im Tiefbau ausfällt. Der Auftragsvorlauf beträgt derzeit durchschnittlich 4 Monate.

Hier wird deutlich, dass die Bauunternehmen in Berlin gut ausgelastet sind. Von einer Überlastung kann jedoch trotz der guten Auftragslage nicht gesprochen werden.

| Kapazitätsauslastung (Kapazitäten der Unternehmen sind saisonbereinigt zu ... Prozent ausgelastet) | | Bauhauptgewerbe - alle Betriebe | |
|---|----------------|---------------------------------|-------------|
| | | Deutschland gesamt | Land Berlin |
| Bauhauptgewerbe gesamt | Prozent | 78,7 | 82,1 |
| | % zu Jahr 2017 | +1,0 | +2,9 |
| davon Unternehmen im Hochbau | Prozent | 79,3 | 84,7 |
| | % zu Jahr 2017 | +0,9 | +4,4 |
| Unternehmen im Tiefbau | Prozent | 77,9 | 80,5 |
| | % zu Jahr 2017 | +1,1 | +1,3 |

| Auftragsvorlauf (Die Auftragsbestände entsprechen saisonbereinigt einer Produktion von ... Monaten) | | Bauhauptgewerbe - alle Betriebe | |
|--|----------------|---------------------------------|-------------|
| | | Deutschland gesamt | Land Berlin |
| Bauhauptgewerbe gesamt | Monate | 4,0 | 3,8 |
| | % zu Jahr 2017 | +7,0 | +2,8 |
| davon Unternehmen im Hochbau | Monate | 4,0 | 3,9 |
| | % zu Jahr 2017 | +6,2 | +14,5 |
| Unternehmen im Tiefbau | Monate | 3,9 | 3,7 |
| | % zu Jahr 2017 | +8,1 | +9,1 |

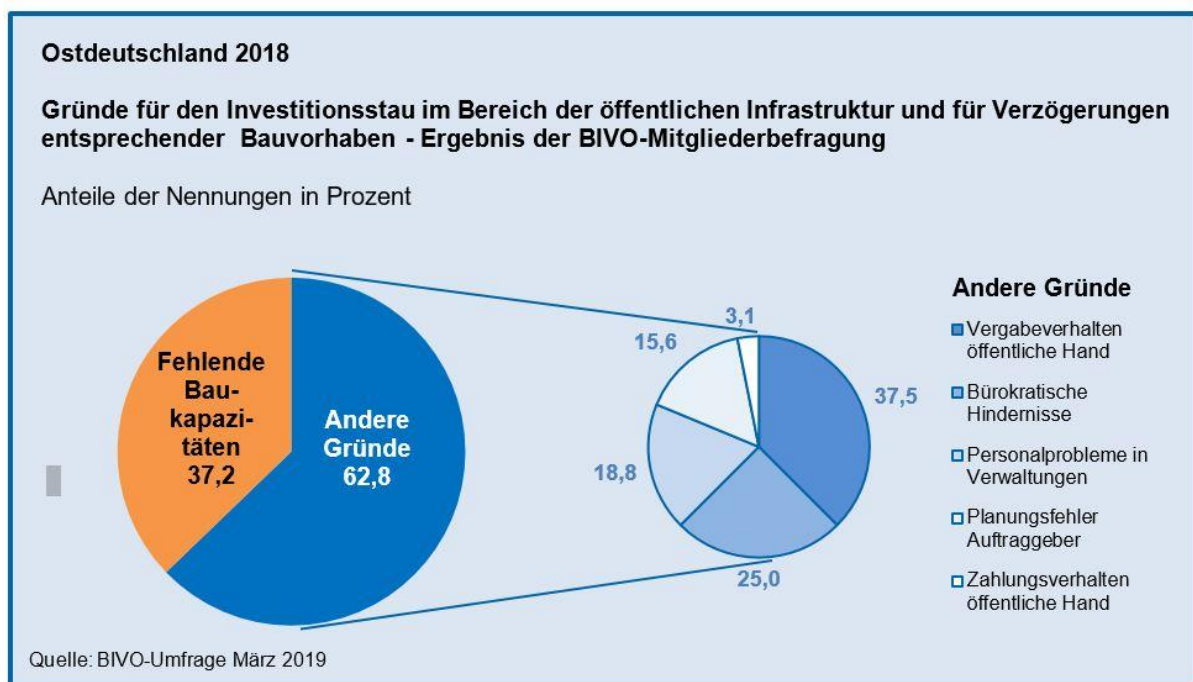
Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung

Der Aufforderung der öffentlichen Auftraggeber, dass die Unternehmen die Kapazitäten erhöhen sollten, kann aus den folgenden Gründen nicht ohne Weiteres nachgekommen werden:

1. **Fachkräftemangel:** Es wird für die Unternehmen zunehmend schwieriger, qualifiziertes Personal sowohl im gewerblichen als auch im akademischen Bereich zu gewinnen.
2. **Konjunkturaussichten:** Die Unternehmen blicken zunehmend skeptisch auf die Konjunkturprognosen und zweifeln, ob und wie lange der Bauboom, vor allem im Wohnungsbau, noch anhält.
3. **Arbeitsrecht:** Selbst, wenn die Unternehmen ausreichend qualifiziertes Personal gewinnen könnten, stellt sich das bestehende starre Arbeitsrecht als großes Hemmnis dar, das es unmöglich macht, kurzfristig Personal für Konjunkturspitzen einzustellen.

3. Systembedingte Ursachen für Engpässe

Nach einer aktuellen Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen im Bauindustrieverband Ost sind die Gründe für den Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur vielfältig. Nur 37 Prozent der befragten Unternehmen führen dies auf fehlende Kapazitäten zurück. Die Ursachen liegen nach Ansicht der meisten Baufirmen am Vergabeverhalten der öffentlichen Hand, gefolgt von bürokratischen Hindernissen und Personalproblemen in den Bauverwaltungen.



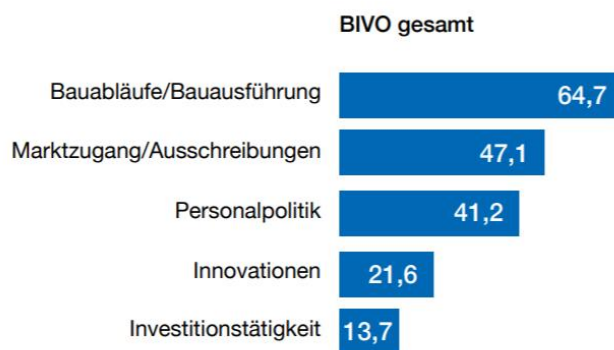
Der Fachkräftemangel in den Bauverwaltungen ist zu darüber hinaus auch zu einem großen Hemmnis bei der Umsetzung von privaten Bauprojekten geworden. Dieses Problem begleitet den kompletten Bauprozess: Anfängen von der Planung, über die Bewertung der Angebote und die Erteilung von Genehmigungen bis hin zur Bauüberwachung. Der jahrelange Sparzwang in den öffentlichen Verwaltungen hat dazu geführt, dass der Staat seine Bauherrenkompetenz immer weniger ausüben kann.

4. Bürokratiebelastung bei öffentlichen Vergaben

Die Umfrageergebnisse machen deutlich, dass das Problem der geringen Beteiligung von Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen weniger an den mangelnden Ressourcen, sondern an der enormen Bürokratiebelastung bei öffentlichen Vergaben liegt. Im Wettbewerb der öffentlichen Hand mit privaten Auftraggebern sind private Bauvergaben für die Unternehmen aufgrund reibungsloserer Abläufe attraktiver und daher vorzuziehen.

In einer Befragung zur Bürokratiebelastung aus dem Jahr 2018 bezeichneten 82 Prozent der Unternehmen die Bürokratie als zu hoch, 65 Prozent gaben an, dass Bauabläufe und Bauausführungen durch Bürokratie behindert werden und 47 Prozent empfinden den Marktzugang durch Bürokratie erschwert. Eine Folge daraus ist, dass sich bereits fast jedes zweite Unternehmen aufgrund der bürokratischen Hürden nicht an Bauausschreibungen beteiligt hat.

Handlungsfelder der Unternehmen, welche durch Bürokratie generell behindert werden (Anteil Nennung in Prozent):



Quelle: BIVO-Umfrage zur Bürokratiebelastung 2018

Während die öffentliche Hand die geringe Beteiligung an Ausschreibungen beklagt, fordern die Bauunternehmen seit Jahren eine Entbürokratisierung, um Ressourcen für Auftraggeber sowie Bieter zu sparen und öffentliche Aufträge somit wieder attraktiv zu gestalten.

Um die großen Bauaufgaben in Berlin zu lösen, muss es daher das gemeinsame Ziel der Auftraggeber sowie Auftragnehmer sein, die Attraktivität öffentlicher Ausschreibungen wieder zu erhöhen.

Aus Sicht des Verbandes muss an erster Stelle die Entbürokratisierung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) stehen. Allerdings lässt der gegenwärtige Referentenentwurf kein schlankes und anwenderfreundliches Gesetz vermuten, sondern im Gegenteil noch mehr Bürokratie. Durch das Einfügen zusätzlicher Details und Aspekte ist ein deutlich längerer, schwer verständlicher Entwurf entstanden. Allein der Umfang hat von 11 auf 18 Paragraphen zugenommen. Darunter ist vieles, was bereits in anderen Gesetzen geregelt ist und keiner Wiederholung bedarf.

Zweck eines Vergabegesetzes muss es sein, faire und transparente Vergabeverfahren zu ermöglichen sowie einer Überregulierung entgegenzuwirken. Mit der weiteren und verstärkten Ausrichtung an ökologischen, sozialen und beschäftigungspolitischen Kriterien wird diese Zielsetzung jedoch nicht erreicht. Die Bauunternehmen lehnen die im BerlAVG dargestellten Kriterien nicht per se ab, sondern sehen darin eher ein Problem in der Art und Weise der Durchsetzung.

Auch der Referentenentwurf ist mit sozial- und umweltpolitisch sowie geschlechtergerechten Kriterien überreguliert und dient damit eher der Implementierung gesellschafts- und sozialpolitischer Ziele, die aber eben in der Sozialgesetzgebung durchgesetzt werden sollten.

Beispiele hierfür sind z. B.:

ILO-Kernarbeitsnormen

Die ILO-Kernarbeitsnormen betreffen allgemeingültige Sozialstandards, die bundespolitisch ratifiziert sind. Der Nachweis der Einhaltung stellt die Bieter allerdings vor unlösbare Probleme. Gerade wenn ein Material, wie z. B. Steinplatten, in Ländern hergestellt wird, die einer Überprüfung nur schwer oder gar nicht zugänglich sind, ist eine Nachweisführung faktisch unmöglich. Für eine konsequente Befolgung müssten nicht nur die Hersteller eines Produktes diese Standards belegen, sondern auch seine Zulieferunternehmen. Dies ist weder für eine Vergabestelle noch für einen Bieter prüfbar.

Frauenquoten

Der Anteil von Frauen ist in der Bauwirtschaft aufgrund hoher körperlicher Anforderungen äußerst gering ist. Bauunternehmen begrüßen die Besetzung eines Ausbildungsplatzes oder Arbeitsplatzes, gleich ob durch Mann oder Frau. Doch den Zuschlag in Zeiten eines akuten Fachkräftemangels von einem Frauenanteil abhängig zu machen, ist nicht nachvollziehbar.

Ökologische Aspekte

Die Berücksichtigung ökologischer Aspekte belastet die öffentlichen Auftraggeber und Auftragnehmer sowohl zeitlich als auch finanziell erheblich. Oft ist die Einhaltung der Kriterien nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich. Vor allem mittelständischen Unternehmen wird es angesichts der nachzuweisenden Investitionen und der kreditwirtschaftlichen Situation nicht möglich sein, ihre Herstellungsverfahren und sonstigen betrieblichen Abläufe allein in Erwartung möglicher Aufträge entsprechend umzustellen. Damit werden diese Unternehmen aus dem Beschaffungsmarkt gedrängt.

Nordrhein-Westfalen ist Anfang 2018 einen deutlich anderen Weg gegangen. Im Zuge der Novellierung wurde das Landesvergabegesetz auf 4 Paragraphen verkürzt. Daran sollte sich auch das Land Berlin orientieren.

5. Fazit

Um öffentliche Bauvorhaben wieder für die Bauunternehmen attraktiv zu machen, muss vor allem das Berliner Vergabe- und Ausschreibungsgesetz an den genannten Stellen entbürokratisiert werden. Ebenso zentral ist die Verstetigung öffentlicher Investitionen. Nur wenn sich die Unternehmen langfristig auf Bauausgaben verlassen können und größere konjunkturelle Auf- und Abs ausbleiben entsteht die nötige Planungssicherheit, die Unternehmen für den behutsamen Aufbau ihrer Kapazitäten benötigen.